

Notiz Block



Post geht Ende Mai an die Börse

Die Österreichische Post hat erstmals konkrete Pläne für den Börsengang genannt. Das bisherige Staatsunternehmen strebt die Erstnotiz an der Wiener Börse noch Ende Mai, spätestens Anfang Juni 2006 an. Die Zeichnungsfrist soll im Mai beginnen, teile der Postfuchs mit. Bis zu 49 Prozent des Eigenkapitals sollen im Rahmen eines öffentlichen Angebots in Österreich und über eine Privatplatzierung auch international angeboten werden. Die Aktien stammen aus dem Bestand der Staatsholding ÖIAG. Aktien können unter anderem in allen Sparkassen, Raiffeisenbanken, der Bawag-P.S.K. und in allen Postfilialen gezeichnet werden.

Bolivien zimmert Verstaatlichte

Nach der Verstaatlichung der Öl- und Erdgasindustrie hat Boliviens linksgerichteter Präsident Evo Morales die Nationalisierung weiterer Sparten angekündigt. „Schon bald werden die Minenunternehmen, die Forstwirtschaft und alle anderen nationalen Reichtümer, für die unsere Vorfahren gekämpft haben, an die Reihe kommen“, erklärte der im Dezember 2005 zum ersten bolivianischen Präsidenten indigener Abstammung gewählte Morales. Er warnte die im Land tätigen internationalen Erdöl- und Erdgaskonzerne, die Verstaatlichung werde notfalls mit Gewalt durchgesetzt. Morales hatte den Konzernen eine Frist von 180 Tagen gesetzt, um neue Verträge über die Ausbeutung der Vorkommen auszuhandeln.

In Lohnkonflikt droht Eskalation

Der Lohnkonflikt in Elektro- und Elektronikindustrie sowie in Chemie- und Papierindustrie spitzt sich zu. Die Betriebsräte haben Aktionen angekün-

digt, sollte es in den nächsten Verhandlungsrunden zu keiner Einigung kommen. Die Elektroindustrie ruft zu einem Aktionstag am 11. Mai auf, die Chemie- und Papierindustrie droht mit Betriebsversammlungen und Kundgebungen am 11. Mai. Die Gewerkschaft will die Abgeltung der Inflation plus Anteile an den Firmengewinnen. Vom Stocken der Lohnverhandlungen betroffen sind 57.500 Mitarbeiter in der Elektro- und Elektronikindustrie, ebenso 40.000 Beschäftigte in der Chemieindustrie und 12.000 in der Papierindustrie. Laut Gewerkschaft liegt die zuletzt angebotene Erhöhung (2,2 Prozent) unter der Inflation 2005.

Eingung auf Elterngeld

In Deutschland haben sich CDU und SPD bei den Streitthemen Elterngeld und Reichensteuer geeinigt. Beim geplanten Elterngeld wurde vereinbart, allen Eltern grundsätzlich zwölf Monate lang 67 Prozent des durch die Kindererziehung ausfallenden Einkommens (maximal 1.800 Euro pro Monat) zu zahlen. Weitere zwei Monate kommen hinzu, wenn beide Ehepartner vom Job pausieren. Die so genannte Reichensteuer, ein dreiprozentiger Zuschlag zur Einkommenssteuer soll wie vereinbart von 2007 an erhoben werden. Der Aufschlag für Topverdiener soll für Einkommen über 250.000 (Singles) und 500.000 Euro (Ehepaare) gelten.

Saudis tanken noch viel billiger

Um den Lebensstandard der Menschen in Saudi-Arabien zu erhöhen, wird der zweitgrößte Ölförderer der Welt den Preis für den Liter Öl im Inland von umgerechnet rund 19 Cent auf rund 14 Cent senken, teilte König Abdullah per Dekret mit. Benzin wird um 25 Prozent auf 16 Cent verbilligt, Diesel um 35 Prozent auf fünf Cent. *rose*

Schweres Erbe

In Österreich werden 60.000 Unternehmen in den kommenden zehn Jahren den Eigentümer wechseln. Das „Steuer-Fallbeil“ gefährdet die Betriebsübergabe und den Fortbestand der Unternehmen.

Thomas Jäkle

Österreichs Söhne und Töchter gehen zunehmend auf Distanz, wenn es um die Übernahme des elterlichen Unternehmens geht. „Die Übernahmefähigkeit ist rückläufig und nicht so hoch, wie man es eigentlich erwarten würde“, erklärt Leo Chini, Leiter des Instituts für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) an der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien. Selbst bei finanziell gesunden Unternehmen fragen sich die designierten Nachfolger, ob sie sich die finanziellen Bürden aufhalsen sollen. In den kommenden zehn Jahren stehen generationsbedingt 60.000 Unternehmen vor der Übergabe.

Das „Steuer-Fallbeil“ ist der Hemmschuh für den Generationswechsel in den heimischen Unternehmen. In erster Linie ist es die Erbschaftssteuer, die stark an der betrieblichen Substanz zehrt. Die Schenkungssteuer sowie unnötige Gebühren – wie für den Eigentumsübergang im Grundbuch, Kreditvertragsgebühren – entziehen den Unternehmen unnötig Kapital. So zahlt die Nachfolgegeneration die Erbschafts- oder Schenkungssteuer vom so genannten „gemeinen Wert“ des Unternehmens, der sich aus dem Ertrags-

und Substanzwert der Firma berechnet und so den Marktwert darstellt. Eine Ungerechtigkeit im Vergleich zu denen, die Aktien und Sparbücher erben. Dort wird nur die Schenkungssteuer fällig. Anstatt bei Firmen die Eigenkapitalbildung zu unterstützen, wird durch die steuerlichen Belastungen genau das Gegenteil bewirkt. „Dem Unternehmen wird Kapital entzogen, das unbedingt benötigt würde. Für viele ist die Betriebsübergabe deshalb oft mit der Überlebensfrage verbunden“, warnt Chini.

Zwei Hirnhälften

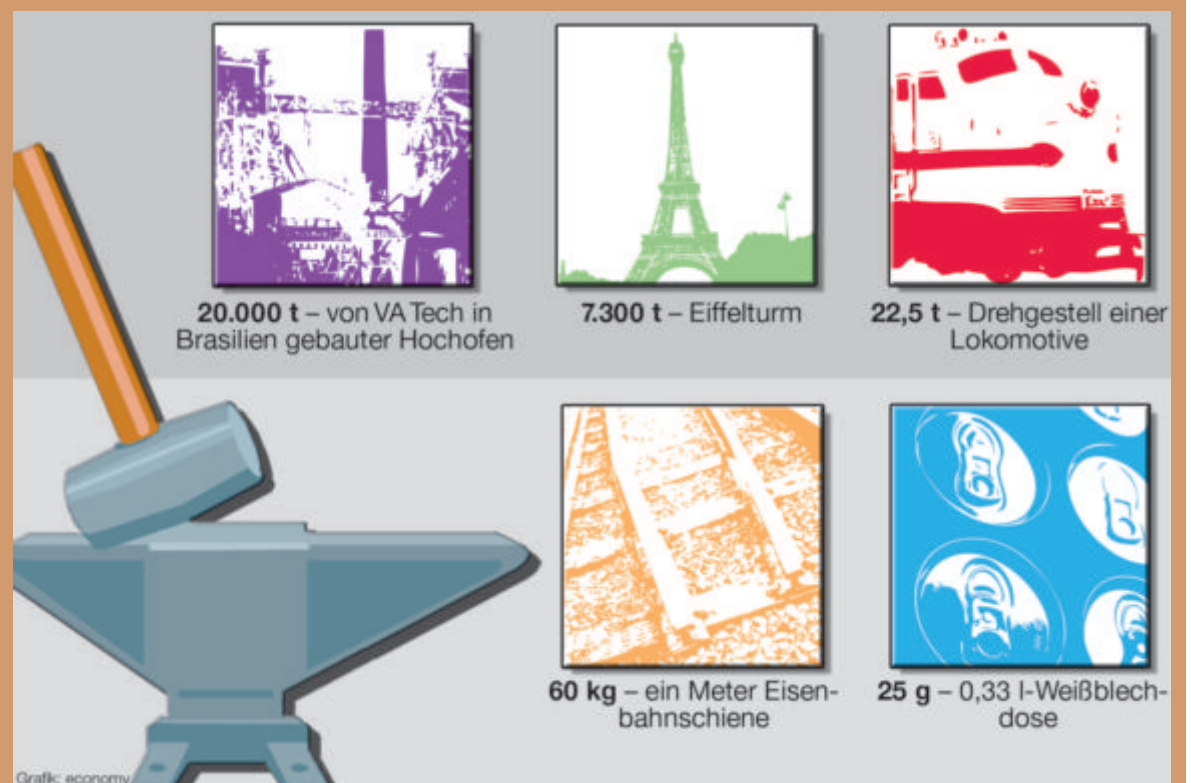
Der Gesetzgeber hat das Problem im Jahr 2001 erkannt, aber noch nicht zu Ende gedacht. Seither gibt es einen Steuerfreibetrag von 365.000 Euro für Unternehmensübernahmen. Bereits seit 1993 besteht die Möglichkeit, Unternehmen in eine Privatstiftung einzubringen. „Dies ist aber für viele Familienbetriebe unzureichend, weil sie für den Steuerfreibetrag zu groß und die Gründung einer Privatstiftung zu klein sind“, erklärt Wolfgang Welser, Unternehmer und Obmann der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich. Eine Stiftung eigne sich in erster Linie dazu, Vermögen zu bilden. „Für die

Mehrzahl der KMU sind selbst das Mindestkapital von 70.000 Euro sowie jährliche Kosten ab 15.000 Euro zu viel“, sekundiert Chini. Welser steht selbst vor der Entscheidung, die Nachfolge seines Unternehmens zu regeln. Das im Jahr 1664 gegründete Unternehmen soll nun an die zehnte Generation weitergegeben werden.

„Der Finanzminister soll seine zwei Hirnhälften, die Bankrechts- und die Steuerabteilung, zusammenlegen“, fordert Hochschulprofessor Chini. Der bestehende Freibetrag sollte verdoppelt werden und gleichzeitig ein Bewertungsabschlag von 75 Prozent erfolgen. Die Kosten des Steuerentfalls seien nach Berechnungen von Chini weit geringer als die zukünftigen Staatseinnahmen. Außerdem könnten Kosten aus dem Verlust von Arbeitsplätzen sowie drohende Insolvenzen vermieden werden.

In Deutschland wird derzeit ein Stundungs- und Nachlassmodell diskutiert. Die Erbschaftssteuer wird dabei auf zehn Jahre gestundet und jährlich nachgelassen. Ein Modell, an dem sich Österreich ein Beispiel nehmen könnte, fordern die Experten.

Zahlenspiel



Stahl ist eine Eisen-Kohlenstoff-Legierung, die weniger als 2,06 Prozent Kohlenstoff enthält. Im Jahr 2004 wurden 1.060 Mio. Tonnen Stahl erzeugt (im Vergleich dazu 37,5 Mio. Tonnen Aluminium). 1970 waren es noch 595 Mio. Tonnen. Stahl kann einerseits sehr weich und dafür ausgezeichnet verformbar hergestellt werden,

wie etwa das Weißblech der Getränkedosen. Andererseits kann er sehr hart und dafür spröde geformt werden, wie etwa Stähle für Messer. Moderne Entwicklungen zielen darauf ab, den Stahl gleichzeitig fest und verformbar herzustellen. Bis heute gibt es mehr als 300 verschiedene Stahlsorten. *kl*